



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Frau  
Dr. Valerie Wilms MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Datum: Berlin, 06.09.2013  
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage Nr. 6/September:

*Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Planungen zur Errichtung einer neuen Wasserkraftanlage in Halle/Saale und, welchen Stand haben die bisherigen Verhandlungen nach Kenntnissen der Bundesregierung (bitte unter Nennung der bisherigen Gesprächs- und Verhandlungstermine der zuständigen WSV mit Vertretern der Stadt Halle bzw. der Stadtwerke Halle inkl. jeweiligem Ergebnis)?*

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung, vertreten durch die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt - Außenstelle Ost - (GDWS) und das diesem nachgeordnete Wasser- und Schifffahrtsamt Magdeburg (WSA), unterstützen die Planungen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH GmbH) zur Errichtung einer neuen Wasserkraftanlage in Halle/Saale durch technische Hinweise und auf das Vorhaben zugeschnittene privatrechtliche Regelungen.

Die EVH GmbH hat jedoch noch keine hinreichend konkreten Planungen vorgelegt, wie die vorhandenen Wehranlagen umgestaltet werden sollen bzw. in welchem Umfang Investitionen geplant sind, sodass bislang weder technisch noch rechtlich ein verbindlicher Abschluss gefunden werden konnte.

Die EVH GmbH hat mehrere Verhandlungsgespräche mit dem WSA, am 10.09.2012 auch mit dessen Leiter, geführt. Das WSA hat daraufhin die mit der GDWS abgestimmten Nutzungsvertragsent-

**Enak Ferlemann, MdB**  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250  
FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvbs.bund.de  
www.bmvbs.de





Seite 2 von 2

würfe der EVH GmbH am 20.12.2012 übergeben. Diese hat sich seither nicht mehr bei der GDWS oder dem WSA gemeldet.

Ihre Frage Nr. 7/September:

*Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Umweltexpertengruppe (UEG) für das gemeinsame Havariekommando des Bundes und der Küstenländer bei, und wie wird sie gewährleisten, dass diese auch über 2014 hinaus einsatzfähig sein wird?*

beantworte ich wie folgt:

Die unabhängige Umweltexpertengruppe „Folgen von Schadstoffunfällen“ (UEG), die dem Havariekommando (HK) im Bereich der Umweltvorsorge beratend zur Seite steht, hat sich aus Sicht der Bundesregierung in der Vergangenheit als ein sehr wertvolles und bewährtes Instrument erwiesen und sollte deshalb auch über 2014 hinaus weitergeführt werden.

Das Bundesumweltministerium wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die UEG auch über das Jahr 2014 hinaus einsatzfähig bleibt.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

*Enak*  
  
Enak Ferlemann